

Wie sich der Wohnungsnotstand in Innsbruck zeigt

Landesentscheid zur Situation in der Landeshauptstadt erfährt Kritik durch das Bündnis gegen Armut und Wohnungsnot

Das Ehepaar M. sitzt mit ihren 3 Kindern (sechs, acht und 12 Jahre alt) am Tisch der kleinen Küche. Die fünfköpfige Familie teilt sich eine Zweizimmerwohnung mit 60 Quadratmeter. Keine Privatsphäre, kein Rückzugsraum, die Kinder können nicht ungestört für die Schule lernen. Der Schimmeldienst war schon zweimal in der Wohnung, die Bausubstanz ist schlecht und die Wände ständig feucht. Derzeit laufen wieder die Trockengeräte. Darüber hinaus läuft der befristete Mietvertrag in acht Monaten aus, ob sie bis dahin eine geeignete Wohnung finden können, ist ungewiss.

Die prekäre Situation von Familie M. ist leider kein Einzelfall und sie ist ein Beispiel von vielen, die für die Berechnung des Wohnungsnotstandes vom Land Tirol nicht berücksichtigt wurde. **Alle Personen, welche die Kriterien für einen Anspruch auf eine Stadtwohnung nicht erfüllen** (weil sie z. B. noch nicht 5 Jahre in Innsbruck leben), wurden für die Berechnung nicht herangezogen. Ähnlich geht es den rund 800 Personen (Gesamt 2023), die in den Innsbrucker Notschlafstellen, Wohnungslosenunterkünften und Frauenhäusern leben. Ebenso nicht miterfasst sind die zahlreichen Menschen, die sich an die Beratungsstellen der Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe wenden. Sie alle eint, keine adäquate Wohnung zu haben und häufig noch nicht für eine Stadtwohnung vormerkbar zu sein. Allein bei lilawohnt in Innsbruck sind jährlich rund 300 Frauen und bis zu 100 Kinder statistisch als wohnungslos erfasst.

„Der Großteil der Wohnungssuchenden braucht keine sozialarbeiterische Unterstützung, sondern lediglich eine leistbare Wohnung“, erläutert Magdalena Melcher vom DOWAS und führt weiter aus „in Hinblick auf die extrem stark frequentierten Sozialberatungsstellen und Wohnungslosenunterkünfte ist es zynisch von ‚keinem Wohnungsnotstand‘ zu sprechen, denn die Problematik ist dem Land Tirol bekannt“.

Die **wohnpolitischen Versäumnisse der Vergangenheit von Land und Gemeinden** führen dazu, dass nicht nur Menschen mit geringem Einkommen um die wenigen preislich verfügbaren Wohnungen am privaten Wohnungsmarkt konkurrieren, sich engsten Wohnraum teilen müssen und zu hohe Mieten für schlechte Standards zahlen müssen. „800 Euro für weniger als 30 Quadratmeter ist mittlerweile leider keine Ausnahme mehr, leistbare Wohnungen für Familien sind kaum zu finden. Das sind Verhältnisse, die Armut hervorbringen und manifestieren. Zu lange lag der Fokus auf der Schaffung und Sanierung von Eigentum, zu wenig auf der Schaffung von leistbaren Mietwohnungen. Menschen mit geringem (Erwerbs)einkommen werden niemals Wohnungseigentum erwerben können“, erläutert Magdalena Melcher vom DOWAS.

„Gutes Wohnen, leistbares Wohnen, ist die Basis für Gesundheit, Bildung, Stabilität, Sicherheit und vieles mehr“, schildert Julia Schratz von lilawohnt. „Leistbares Wohnen kann nur über leistbares Mieten und über gemeinnützigen Wohnbau erreicht werden. Die Hebel sind bekannt, es gilt sie nur entsprechend anzusetzen“, führt Schratz weiter aus.

Das Land Tirol macht es sich zu leicht, wenn es die Verantwortung für die Misere alleine der Stadt Innsbruck zuschiebt. Es besteht in fast allen Gemeinden Mangel an leistbaren Mietwohnungen. So war das Land immer sehr zurückhaltend, wenn es darum ging im Rahmen der überörtlichen Raumordnung Eingriffsmöglichkeiten in die Gemeindeautonomie zu nutzen bzw. zu schaffen. Nach

wie vor gibt es einen großen Baulandüberhang, auf dem leistbares Wohnen geschaffen werden könnte. Der Fokus der Wohnbauförderungsmittel muss mehr bei der Schaffung und Sanierung von gemeinnützigen Mietwohnungen liegen, die Zweckbindung der gesamten Wohnbauförderungsmittel inklusive der Rückflüsse ist notwendig. Eine langjährige Forderung von sozialen Einrichtungen nach landesweit einheitlichen Mindeststandards und verbindlich umzusetzenden Wohnungsvergaberichtlinien mit dem Fokus auf Menschen mit einem dringenden Wohnbedarf - auch über Gemeindegrenzen hinweg - wurde nicht umgesetzt.

Bis es ausreichend leistbare Mietwohnungen gibt, muss der Zugang zu Transferleistungen für Wohnen, wie Mietzinsbeihilfe ab dem ersten Tag, rasch umgesetzt und die Wohnkostenverordnung im Tiroler Mindestsicherungsgesetz erhöht werden.

Solange der Mangel an leistbaren Mietwohnungen nicht behoben wird, bleiben Menschen, wie Familie M. und die mehreren hundert Wohnungssuchenden, mit denen Organisationen des Bündnisses gegen Armut und Wohnungsnot arbeiten, in Innsbruck und Tirol auf der Strecke.

Rückfragehinweis:

Julia Schratz, lilawohnt: 0660 69 40 408 julia.schratz@lilawohnt.at

Magdalena Melcher, DOWAS: 0512 57 23 43 - 12 finanzen@dowas.org

Für das Bündnis gegen Armut und Wohnungsnot